

10. Jahrgang. Nr. 60

West-Verlag

Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Breslau
Verlag: West-Verlag
Königsplatz 10
Telefon: 1234

Druckort: Breslau
Druck: West-Verlag
Königsplatz 10
Telefon: 1234

Druck: West-Verlag
Königsplatz 10
Telefon: 1234

Grandi vertritt die deutsche These

„Mehr Macht dem Recht!“ Für gleiche Sicherheit - gegen Sardius Pläne

Genf, 10. Febr. Heute war der erste ganz große Tag auf der Abrüstungskonferenz, der erste Tag wenigstens, der eine gewisse Dämpfung erkennen lässt, das heißt Arbeit in Richtung auf gleiche Sicherheit, auf ein möglichst tief herabgedrücktes allgemeines Rüstungsniveau. Grandi's mutige, überreiche, großzügige und staatsmännliche Rede, in der zum ersten Male der geistige Kampf gegen Frankreich's scheinbar unerschütterliche Front und überlegene geistige Stärke aufgenommen wurde, ist ein Ereignis von allererster Bedeutung. Weib hat Mussolini schon häufig die Grundzüge angedeutet, die allen Völkern, auch Deutschland, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Jetzt aber entwickelt sein Vertreter hier vor allen Völkern der Welt

Genf, 10. Febr. Auf der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz nahm der italienische Außenminister Grandi das Wort zu einer überaus bemerkenswerten Darstellung der Auffassung seines Landes über die Abrüstungsfrage. Hauptpunkte der Rede waren eine scharfe Kritik der französischen Vorschläge und eine entschiedene Ablehnung der Politik des unangenehmen Einseitismus, die Wiederholung der Resolutionen der Völkerbund-Versammlung nach Gleichberechtigung aller Staaten, die ausführliche Entwicklung des Gedankens, daß die bewußte Abrüstung nur der Ausgang der allgemeinen Abrüstung sein dürfte und der Hinweis auf die Abrüstungsmethoden des Völkerbundes, der in dem Verbot der Angriffs- und allgemeinen Nachschußverweigerung besteht. In diesem Sinne erklärte Grandi die Zustimmung seines Landes zu einem

Gerechtigkeit ausüben werde. Es handele sich für die Konferenz jetzt darum, dem Rechte mehr Macht zu geben und nicht der Willkür mehr Macht zu geben. Erhielt man die Rüstungen der verschiedenen Länder auf das niedrigste Niveau herabgesetzt würden, dann werde die in Art. 8 des Völkerbundespaktes erwähnte gemeinsame Aktion im Falle eines Angriffs wirksam einsetzten können. Der Ruf nach dieser gemeinsamen Aktion werde aber solange tot sein, bis die

ein in sich geschlossenes Programm auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit und legt den verlogenen französischen Vorschlägen einprägsame Worte von nicht geringer Schärfe entgegen.

organischen Plan der quantitativen Rüstungseinschränkung, der folgende Punkte umfaßt: Auf dem Gebiet der Flottenrüstungen:

- 1. Gleichzeitige Abschaffung der U-Boote und der U-Bootsstützen.
- 2. Abschaffung der Flugzeugträger.
- 3. Auf dem Gebiet der Landrüstungen:

- 1. Abschaffung der schweren Artillerie jeder Art
- 2. Abschaffung der Tanks jeder Art

Auf dem Gebiet der Luftbewaffnung:

- 1. Abschaffung der Angriffsflugzeuge des Gemeinen und militärischen Charakters
- 2. Revision der internationalen Abkommen zur Einschränkung des Luftverkehrs und wirksamer Schutz des Luftverkehrs

Auf allen Gebieten:

- 1. Abschaffung der Angriffsflugzeuge des Gemeinen und militärischen Charakters
- 2. Revision der internationalen Abkommen zur Einschränkung des Luftverkehrs und wirksamer Schutz des Luftverkehrs

Im einzelnen führte Grandi aus: Es gibt zwei Wege, die nach meiner Auffassung zu nichts führen können: Der eine ist der Weg der Abrüstungsdemagogie, der andere der Weg der Abrüstungslogik. Unsere Arbeit muß sich auf die Notwendigkeit begründen, das Abrüstungsproblem in praktischer Weise zu lösen und uns nach den internationalen Verpflichtungen zu richten, die wir eingegangen sind. Diese Verpflichtungen sind positiv und klar. Sie sind im Teil 5 der Verbandsverträge, in den Statuten des Völkerbundes und im Protokoll von Locarno in einer Form niedergelegt, die weder Egoismus noch Ungebilligkeit zuläßt.

Die Verletzung der unantastbaren Aussprüche über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Sicherheit würde bedeuten, daß wir in den Fehler verfallen, den ich die Abrüstungslogik genannt habe. Die Tatsachen zeigen uns, daß es ohne Abrüstung keine Sicherheit geben kann. Wir befinden uns auf der schiefen Ebene eines neuen Weltkriegs, das uns zu bedrohlicher Gefahr als man diese Erscheinung bei dem düsteren Hintergrund der Wirtschaftskrisis, die alle Länder erfaßt hat, betrachtet. Wie der deutsche Reichspräsident schon richtig erklärt habe, hänge der praktische Wert der Abkommen und der zwischen den Völkern ausgetauschten Erklärungen über die Aufrechterhaltung des Friedens von den Ergebnissen der gegenwärtigen Konferenz ab.

Grandi wendet sich entschieden gegen die Aufrechterhaltung eines Regimes, das er das Regime des Rüstungsbewehrungs nennt.

Jedes militärische Übergewicht sei unangenehm dazu bestimmt, auf die Gesamtheit der internationalen Beziehungen seinen Druck sichtbar werden zu lassen, und es wäre möglich, zu hoffen, daß es diesen Druck immer im Dienste der

Verpflichtung ausüben werde. Es handele sich für die Konferenz jetzt darum, dem Rechte mehr Macht zu geben und nicht der Willkür mehr Macht zu geben. Erhielt man die Rüstungen der verschiedenen Länder auf das niedrigste Niveau herabgesetzt würden, dann werde die in Art. 8 des Völkerbundespaktes erwähnte gemeinsame Aktion im Falle eines Angriffs wirksam einsetzten können. Der Ruf nach dieser gemeinsamen Aktion werde aber solange tot sein, bis die

Wenn man eine Politik des unangenehmen Einseitismus verfolge, eine Politik des Unverständnisses der lebendigen Kräfte der Geschichte, eine Politik der Rüstungen, so werden die wesentlichen Voraussetzungen des Friedens ganz natürlich wegfallen.

Bezüglich der von dem amerikanischen Vertreter angelegten Verlängerung der Flottenabkommen von Washington und London erklärte Grandi: Ich für meinen Teil bin sehr von der Notwendigkeit überzeugt, das Londoner Flottenabkommen zu ergänzen.

Über die Methode der Abrüstung erklärte Grandi: Sie kennen die beiden Hauptpunkte, die der Konferenz meines Landes für die italienische Stellung in dieser Hinsicht ausgehört hat: die Gleichberechtigung aller Staaten und Aufhebung der Streifkraft auf dem Meeresgebiet.

In diesem Zusammenhang machte Grandi über die französischen Vorschläge folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Friedensverträge bestimmen unabweislich, daß die militärischen Verpflichtungen, die gewisse Staaten übernommen haben, den Anfang einer allgemeinen Abrüstung darstellen. Diese Bestimmungen sollten nicht für diese Staaten den Zustand dauernder Unterlegenheit schaffen, sondern sie stellen, wie es der Präsident der Konferenz hierher ausdrücklich erklärt hat,

den ersten Schritt zu jener allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen dar, die die alliierten und assoziierten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhütung des Krieges erstreben.

Es war also nicht eine Verpflichtung, die eine Staatengruppe gegenüber einer anderen Gruppe übernommen hat. Es war eine allgemeine Verpflichtung eines jeden von uns gegenüber allen anderen. In den Friedensverträgen hat man für Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten Beschränkungen geschaffen, die dem Gedanken entsprachen, den Streitkräften dieser Staaten diejenigen Kriegsmittel zu entziehen, die einen ausgesprochenen Angriffscharakter haben, und dies gerade im Hinblick auf eine internationale Organisation des Friedens, die der Völkerbund verwirklichen sollte.

Zum Schluß seiner Rede wies Grandi darauf hin, daß die schweren Opfer in der Abrüstung von den härteren Staaten verlangt werden müßten; aber daß sie nur gerecht sei, die am härtesten bewaffneten Staaten hätten am wenigsten zu fürchten und müßten mit gutem Beispiel vorangehen. Sie müßten zuerst auf die Waffen verzichten, die wesentlich für einen Angriffskrieg bestimmt seien. Nach Abschaffung dieser Kriegsmittel werde man leichter und rascher zu einem Abkommen über verbindliche und quantitative Begrenzung der anderen Rüstungen gelangen.

Das Konzept zu verderben. Dann kommt Grandi zu einer entscheidenden Frage, zur Frage der Rüstungsvorherrschafft. Jeder weiß, daß Frankreich gemeint ist. Der italienische Außenminister schloß diese Rede mit der Behauptung ab, die Drohung, die sie für die Nachbarn bedeute. Es wäre eitel, sagte er hinaus zu glauben, daß diese Uebermacht stets im Sinne der Gerechtigkeit eingesetzt werden würde. Die Gerechtigkeit, das Wort steht bei Grandi immer wieder, muß der Gerechtigkeit für die Konferenz sein. Ohne sie würde selbst die genialste Konstruktion nur Fassade sein, hinter der die eine Realität steht: die Unterdrückung der anderen durch den Stärkeren. Und ein anderer Kernsatz Grandi's:

Es ist eine gefährliche Theorie, den Frieden vor die Gerechtigkeit zu stellen.

Dann charakterisierte der italienische Außenminister diesen demagogischen Frieden, wie er in Genf angeboten und als Ideal verkündet wird, mit treffenden Worten. Gegen Sardius großen Plan sollen immer wieder verstanden oder offen scharfe Worte gesprochen werden in der Form, er steht nach der großen Rede Grandi's in seiner ganzen Unschicklichkeit und Friedensgefährlichkeit da vor allen Völkern, die noch Urteilsfähigkeit und guten Willen haben. Grandi spricht aus, und das ist von besonderem Wert für uns, als Vertreter einer der Mächte, die Deutschland gegenüber die Abrüstung aufzuerhalten haben. Es war nicht die Abrüstung, die er ist, die unterlegenen Staaten dauernd in einem Zustand der Minderwertigkeit zu halten. Demals sei ein zweifelhafter Vertrag geschlossen worden, der beide Teile gleichmäßig verpflichtete. Zugleich erinnert Grandi an das Beispiel dieser Abrüstungen der Unterlegenen, das zeigt, was hier möglich ist. Dieses Beispiel zeigt den praktischen Weg, auf dem auch die allgemeine Abrüstung gesucht werden könne. Grandi legt schließlich Forderungen mit der Stellungnahme Deutschlands, Amerikas und Englands, deren Anregungen er in verschiedenen Punkten ausdrücklich aufnimmt.

Damit deutet sich die möglichen Fronten auf dieser Konferenz an.

Die Rede Grandi's machte den stärksten Eindruck und wurde wiederholt von Beifall unterbrochen, an dem sich die deutsche Delegation fast beteiligte. Bräunungs gestirnte Rede muß nun heute nach Grandi's Rundgebung in vielen Teilen noch länderstärker erscheinen als gestern.

Morgen vormittag wird auf der Abrüstungskonferenz nach dem beifälligen Delegierten Demans der russische Volkskommissar Litwinow sprechen.

Situation löst sich seit

Genf, 10. Febr. Wie die italienische Telegraphenagentur meldet, hat der italienische Außenminister dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch in einer Note mitgeteilt, daß er Situaen in einer Sitzung über den deutschen Vorschlag im Hinblick auf die Abrüstung vorbringe. Er könne jedoch nicht vor dem 10. Februar in Genf sein. Die italienische Regierung habe durch ihre Abrüstungsmaßnahmen in keiner Weise das Remedialabkommen verletzt.

Seldte und Duesterberg beim Reichspräsidenten

Sindenburg kandidiert im ersten Wahlgang nicht

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 10. Febr. Die beiden ersten Bundesdeputierten des Stahlwerks, Hans Seldte und Oberleutnant Tucherberg, begaben sich am Mittwochvormittag zum Reichspräsidenten v. Hindenburg zu einer Audienz über die Frage der Reichspräsidentenwahl. Wir glauben zutreffend unterrichtet zu sein, wenn wir an diesem auffallenden Empfang festhalten, daß es sich keineswegs darum handelt, daß der Stahlwerkschef bei dieser Gelegenheit die Wiederwahl Hindenburg's für die kommende Reichspräsidentenwahl anzukündigen beabsichtigt. Inneren Anisormationen nach kann nach diesem Besuch als sicher gelten, daß Reichspräsident v. Hindenburg zum mindesten im ersten Wahlgang der kommenden Reichspräsidentenwahl nicht kandidieren wird. Wahrscheinlich wird der Reichspräsident dem Stahlwerkschef eine Audienz erteilen.

Was den ersten Wahlgang bei der Präsidentschaftswahl angeht, so kann wohl nunmehr mit Sicherheit darauf geschlossen werden, daß lediglich eine Art von Kandidatendaten in Frage kommt. Aufsehen dürfte werden ein Vertreter der Nationalsozialisten, ein kombinierter Stahlwerks-DRP-Kandidat, der gleichzeitig auch Kandidat weiter volksparteilicher, wirtschaftlicher und landvolkfreier sein würde, weiter ein Kandidat desentrums, ein Kandidat der Sozialdemokratie und der bereits aufgeführte kommunistische Kandidat. In diesem Wahlgang wird sich dann erweisen, wie die Parteiverteilung zur Zeit im deutschen Volke gabelungsfähig liegt.

Berechnungen über die möglichen Ergebnisse, die in politischen Kreisen bereits angeheißt werden, sind zur Zeit noch möglich, denn das Bild kann sich sehr wohl verändern, wenn Reichspräsident v. Hindenburg später noch in den zweiten Wahlgang eintritt. So hängt noch viel von der Entscheidung bei der Präsidentschaftswahl von den Entscheidungen Hindenburg's ab.

Das Verlangen, die Unterlegenen Staaten dauernd in einem Zustand der Minderwertigkeit zu halten. Demals sei ein zweifelhafter Vertrag geschlossen worden, der beide Teile gleichmäßig verpflichtete. Zugleich erinnert Grandi an das Beispiel dieser Abrüstungen der Unterlegenen, das zeigt, was hier möglich ist. Dieses Beispiel zeigt den praktischen Weg, auf dem auch die allgemeine Abrüstung gesucht werden könne. Grandi legt schließlich Forderungen mit der Stellungnahme Deutschlands, Amerikas und Englands, deren Anregungen er in verschiedenen Punkten ausdrücklich aufnimmt.

Damit deutet sich die möglichen Fronten auf dieser Konferenz an.

Die Rede Grandi's machte den stärksten Eindruck und wurde wiederholt von Beifall unterbrochen, an dem sich die deutsche Delegation fast beteiligte. Bräunungs gestirnte Rede muß nun heute nach Grandi's Rundgebung in vielen Teilen noch länderstärker erscheinen als gestern.

Morgen vormittag wird auf der Abrüstungskonferenz nach dem beifälligen Delegierten Demans der russische Volkskommissar Litwinow sprechen.

Situation löst sich seit

Genf, 10. Febr. Wie die italienische Telegraphenagentur meldet, hat der italienische Außenminister dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch in einer Note mitgeteilt, daß er Situaen in einer Sitzung über den deutschen Vorschlag im Hinblick auf die Abrüstung vorbringe. Er könne jedoch nicht vor dem 10. Februar in Genf sein. Die italienische Regierung habe durch ihre Abrüstungsmaßnahmen in keiner Weise das Remedialabkommen verletzt.



Wir führen Wissen.